



Leinenreiter

MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-ORTSVEREINS RÜSSELSCHEIM



Renate Meixner-Römer
Landtagskandidatin

Die Zeit ist reif für einen Neuanfang in Hessen

Zeit für klare Wertmaßstäbe

Politik, die das Leben der Menschen erfolgreich verbessern will, braucht klare Wertmaßstäbe, an denen sie sich orientiert und nach denen sie ihre politischen Prioritäten setzt.

Wir wollen unsere politischen Entscheidungen daran messen lassen, ob sie

- die Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen fördern,
- jedem die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern,
- der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit dienen,
- die Möglichkeiten verbessern, Erwerbsarbeit für alle, die das wollen, anzubieten,
- die Freiheit vergrößern, das eigene Leben selbst zu bestimmen und
- über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit zu entscheiden,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau voranzubringen,
- durch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Entwicklung auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen,
- den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

(Auszug aus der Präambel des SPD
Regierungsprogramm 2008-2013)

VORWORT LANDTAGSKANDIDATIN

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit nunmehr fast 20 Jahren bin ich in der Kommunalpolitik tätig und habe in dieser Zeit die Entwicklung in Rüsselsheim mitgestaltet, die in vielerlei Hinsicht mit der von anderen Kommunen des Kreises Groß-Gerau vergleichbar ist. Wir alle leben in einem Umfeld, das von Gewerbe und Industrie geprägt ist, aber dennoch eine hohe Wohn – und Lebensqualität aufzuweisen hat.

Veränderungen in unserem Arbeitsumfeld oder der geplante Ausbau des Flughafens betreffen uns. Themen wie neue Gewerbe- und Wohnansiedlungen, zunehmende Knappheit der öffentlichen Haushalte bei steigenden, aber notwendigen Kosten im Sozialbereich sind in allen Kommunen des Kreises gleich aktuell.

Während meiner politischen Arbeit wurde mir immer wieder deutlich, dass durch die CDU auf Landesebene Weichen falsch gestellt werden. Die negativen Auswirkungen haben die einzelnen Städte und Gemeinden zu tragen.

Aus meiner beruflichen Perspektive heraus habe ich Einblicke in unser Schul- und Bildungssystem. Bildungsdefizite und zunehmende Perspektivlosigkeit vieler Schüler sind Folgen einer falschen Landespolitik. Die Leistungen und Unterstützung für viele soziale Verbände wurden in der Vergangenheit von Seiten der CDU Landesregierung stark gekürzt. Auch hier waren Kreis und Städte gezwungen, zusätzlich Verantwortung zu übernehmen. Der geplante Ausbau des Frankfurter Flughafens berücksichtigt in keiner Weise die Interessen der Bevölkerung unseres Kreises. Steigender Fluglärm und Siedlungsbeschränkungen würden uns zusätzlich belasten. Diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass wir die Politik auf Landesebene verändern müssen.

Gerade im Hinblick auf die Zielsetzung, sozialdemokratische Werte und Inhalte in unseren Region weiter zu erhalten und zu stärken, bewerbe ich mich für die Landtagswahl 2008 / Wahlkreis 47 und hoffe auf Eure Unterstützung.

Eure

Renate Meixner-Römer

In dieser Ausgabe:

Vorwort, „Die Zeit ist reif!“	1
Flughafenausbau, Sozialabbau stoppen	2
Studiengebühren, Aktive Arbeitsmarktpolitik	3
Politik hat Tradition	4
Mindestlohn.....	5
Regierungsprogramm 2008- 2013 (Freiheit und Sicherheit)	6
52 Alternativen für Hessen	7
Wahlaufruf	8

Flughafenausbau

„Es ist schon beispielhafter Sarkasmus, wenn mit diesem Wortbruch heute auch noch unter dem Schlagwort „Ehrlichkeit vor der Wahl“ argumentiert wird.“

Liebe Genossinnen und Genossen, die Landesregierung hat vor einigen Tagen den Städten und Gemeinden den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens zugestellt.

Sie meint, dass sei der „Schlussakt“ eines Verfahrens, bei dem der Ausgang lange vorher feststand und keine Gelegenheit ausgelassen wurde, den lärmgeplagten Bürgern der Region Mitsprache vorzugaukeln. Sie wird sich irren. Der Widerstand geht weiter!

Erstmals wurde ein Mediationsverfahren in Gang gesetzt. Einige wenige Personen wurden zu Mediatoren berufen. Sie sollten bei den unterschiedlichen Vorstellungen der Luftfahrtwirtschaft und der Bevölkerung „vermittelnd dazwischentreten“.

Man kann zum Ausgang der Mediation, die den Ausbau letztlich mit Auflagen als möglich angesehen hat, seine persönliche Ansicht haben.

Das Ergebnis wurde von der Landesregierung auf jeden Fall zur „Bibel“



erhoben. Koch (CDU) formulierte: „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, aber auch kein Nachtflugverbot ohne Ausbau.“

Die anderen Punkte, wie z.B. sofortige Lärmverbesserungen als vertrauensbildende Maßnahmen, fielen gleich unter den Tisch.

Den Bruch des Versprechens zum Nachtflugverbot hat die CDU sich bis

vor der Wahl aufgehoben. Es ist schon beispielhafter Sarkasmus, wenn mit diesem Wortbruch heute auch noch unter dem Schlagwort „Ehrlichkeit vor der Wahl“ argumentiert wird.

Genossinnen und Genossen: Ehrlichkeit ist nicht teilbar!

Mit der Nachtflug-Diskussion versucht die CDU zu verdecken, dass die Zahl der Flugbewegungen auf über 700.000 ansteigt und damit jede noch so kleine Verbesserung automatisch bei den Bürgern nicht mehr ankommt. Es wird also nicht leiser, es wird auf jeden Fall lauter.

Deshalb werde ich, auch im Falle meiner Wahl in den Hessischen Landtag, weiter all die unterstützen, die sich weiteren Belastungen der Menschen in unserer Region entgegenstellen.

Eure Renate Meixner-Römer

Sozialabbau stoppen

Hessen braucht eine tragfähige soziale Infrastruktur. Nach massiven Kürzungen der Regierung Koch im Sozialetat kann von vernünftiger Sozialpolitik keine Rede mehr sein. In Hessen herrscht soziale Kälte, das Sozialstaatsgebot wurde gebrochen. Ich will mich dafür einsetzen, dass der Sozialabbau der Regierung Koch gestoppt wird.

Für Schuldner- und Erziehungsberatung, Frauenhäuser und Familienbildungsstätten, für behinderte Menschen und zur Vorbeugung von Sucht- und Drogenabhängigkeit gibt es jetzt viel weniger Geld vom Land, teilweise gar nichts mehr. Diese „Sparorgie“ ist Indiz für eine völlig kurz-sichtige Politik. Jeder heute gekürzte Euro wird in der Zukunft das Doppelte und Dreifache an Kosten verursachen und ist dramatisch für alle Betroffenen.

Ich fordere ein verlässliches Sozialbudget, damit die Träger der sozialen Einrichtungen langfristig verbindlich planen können. Die dafür notwendigen 30 Millionen Euro wollen wir als Sozialbudget bereitstellen. Familienpolitik muss einen höheren Stellenwert bekommen. Kaum ein Land stellt weniger Landesmittel für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Wir wollen eine qualifizierte Tagesbetreuung für alle Kinder bis 14 und damit auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Behinderte brauchen eine barrierefreie Umwelt. Das Hessische Gleichstellungsgesetz wird dieser Vorgabe nicht gerecht. Deshalb werden wir uns weiter für eine gesetzliche Grundlage einsetzen, die Barrierefreiheit garantiert und Diskriminierung verhindert.

Sozial verträgliche Studiengebühren gibt es nicht

Die Abhängigkeit von Bildungschancen und sozialer Herkunft wird durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren weiter verschärft. Denn nicht jeder, der dazu geeignet ist, wird in Hessen in Zukunft ein Studium aufnehmen können. Gerade finanziell Schwächere werden durch Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt. Zudem sind gar nicht alle Studierenden berechtigt, ein Darlehen zur Finanzierung der Studiengebühren zu erhalten – so sind Studierende im Zweitstudium, über 45-Jährige und Langzeitstudierende davon ausgeschlossen. Aber nicht nur zahlreiche gute Argumente, sondern auch die Hessische Verfassung stehen gegen Studiengebühren. Die Hessische Verfassung macht unmissverständlich deutlich, dass in Hessen die Möglichkeit zu studieren, allein von der Eignung und ganz explizit nicht von der sozialen Herkunft abhängen darf.

- Studiengebühren sind unsozial, ungerecht und verstoßen gegen die Verfassung. Deshalb müssen Studiengebühren in Hessen verhindert werden. Wir als hessische Sozialdemokrat(inn)en werden alle politischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir klagen gegen das beschlossene Studiengebührengesetz.
- Studiengebühren führen zu einer weiteren Benachteiligung von finanziell schlechter gestellten Familien. Dabei ist die Schieflage schon heute dramatisch: Derzeit hat ein Akademikerkind eine sechsmal höhere Chance zu studieren als ein Arbeiterkind. Wir wollen diesen Trend stoppen und nicht verschärfen.

- Studiengebühren sind sozial ungerecht. Hieran ändern auch Darlehenssysteme wenig, denn die Schulden belasten Vermögende nicht. Studiengebühren werden auch die Normalverdiener treffen, die an ihre finanzielle Leistungsgrenzen geraten werden. Diese Umverteilung von unten nach oben lehnen wir ab.
- Studiengebühren führen zu einer Verarmung der Wissenschaftslandschaft. Geistes- und Kulturwissenschaften werden zu Randdisziplinen verkommen. Denn kaum jemand wird Gebühren für Studiengänge mit ungewissen Beschäftigungsperspektiven bezahlen.
- Klar ist auch: „Die Finanzierungslücke der Hochschulen muss beseitigt werden – über eine gerechte Steuerpolitik.“ Deswegen wollen wir große Vermögen und Erbschaften angemessen besteuern und so die Unterfinanzierung des Bildungssystems beenden. Nur eine gerechte Steuerpolitik, die starke Schultern mehr tragen lässt, stellt sicher, dass genug Geld für Bildung bereitgestellt werden kann.
- Wir werden uns bundesweit dafür einsetzen, Studiengebühren zu verhindern. In Hessen werden wir in einer von der SPD geführten Landesregierung spätestens ab 2008 die allgemeinen Studiengebühren wieder abschaffen.

„Gerade finanziell Schwächere werden durch Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt.“

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Hessen fällt im Vergleich der Bundesländer bei den Erfolgen am Arbeitsmarkt immer weiter zurück. Während z.B. in Rheinland-Pfalz durch die anspringende Konjunktur die Arbeitslosenzahlen deutlich gesunken sind, sind die Rückgänge in Hessen sehr viel schlechter. Arbeitslose sind die Opfer einer falschen Politik von Roland Koch.

Unter SPD-Führung hatte Hessen mit dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ Maßstäbe gesetzt. Die CDU hat es nur noch abgewickelt. Unser Bundesland braucht wieder

eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um Menschen den Wiedereinstieg zu ermöglichen.

Dramatisch ist die Ausbildungsplatzsituation in Hessen. Von Jahr zu Jahr stehen weniger Lehrstellen bei einer steigenden Zahl von Ausbildungssuchenden zur Verfügung. In anderen Ländern ist die Situation deutlich besser, weil sich deren Landesregierungen aktiv um neue Ausbildungsplätze kümmern und verbindliche Regelungen getroffen haben.



Politik hat Tradition

„Renate Meixner-Römer absolvierte ein Studium für das Lehramt an Grundschulen, und ist seit August 2002 Rektorin der Otto Hahnschule in Rüsselsheim-Bauschheim.“

Im Wald in Rüsselsheim, in der Nähe des Waldschwimmbades steht ein Gedenkstein zu Ehren von Christian Vatter. Mittlerweile überwuchern Sträucher und Brombeerhecken den Zugang zu diesem Stein, und für den Spaziergänger im Wald ist er leicht zu übersehen. Damit dieser Gedenkstein nicht in Vergessenheit gerät, hat sich die Arbeitsgemeinschaft der SPD 60plus vorgenommen, den Weg zum Stein wieder zugänglich zu machen. Christian Vatter wurde 1905 in Rüsselsheim in eine sozialdemokratisch geprägte Arbeiterfamilie hinein geboren, und entwickelte schon früh politisches Interesse. Er war lange Jahre Gewerkschaftssekretär, und fand bald Anschluss an die SPD. Er war ein Mann mit leisen aber bestimmten Tönen. Seine Gesinnung bescherte ihm in der Nazizeit eine Zwangsverpflichtung nach Frankreich. Nach seiner Heimkehr setzte er sich unbeirrt für seine politischen Überzeugungen ein und war bis zu seinem Tod für seine Partei und im Rüsselsheimer Stadtparlament tätig. Insbesondere der Presse stellte er sich jederzeit für wichtige Fragen zur Verfügung. Maß-

geblich war er am Wiederaufbau der Stadt Rüsselsheim beteiligt. Von 1956 bis 1962 war Christian Vatter Stadtverordnetenvorsteher, wie auch auf dem Gedenkstein ersichtlich. Durch die Verschwisterung mit Evreux trieb er auch die Europäische Idee voran. Man kannte ihn als aufrichtigen, gewissenhaften und warmherzigen Menschen, der neben seiner Stärke im Vermitteln umstrittener Sachverhalte mit einer ausgeprägten Fähigkeit zum Konsens überzeugte.

Christian Vatter starb 1962 im Alter von nur 57 Jahren. Für seine langjährigen Verdienste als Stadtverordneter und Mitglied des Rüsselsheimer Stadtparlaments verlieh ihm die Stadt posthum die goldene Ehrenplakette als Anerkennung seines Wirkens. Das politische Interesse gab Christian Vatter an seine Tochter, Justina weiter. Auch sie war, mit Unterbrechungen, Stadtverordnete von 1981 bis 1993. Die Stadt Rüsselsheim hat ihr politisches Wirken 1987 mit dem Wappen der Stadt Rüsselsheim, und das Land Hessen hat sie 1985 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen gewürdigt. Auch ihr Ehemann, Ernst

Meixner, war, auch mit Unterbrechungen, ebenfalls von 1968 bis 1985 im Stadtparlament tätig, und wurde 1987 mit dem Silberwappen der Stadt Rüsselsheim geehrt.

Doch damit noch nicht genug. Auch deren Tochter, Renate, geboren 1960, trat 1984 in die SPD ein. Seit dieser Zeit war sie, unter anderem, stellvertretende Unterbezirksvorsitzende im Kreis Groß Gerau, Stadtverordnete, Fraktionsvorsitzende der SPD, Vorsitzende des Schul- Sport und Kulturausschusses, und seit April 2006 hat sie die Position ihres Großvaters, Christian Vatter, erreicht. Sie ist Stadtverordnetenvorsteherin im Rüsselsheimer Stadtparlament. Renate Meixner-Römer absolvierte ein Studium für das Lehramt an Grundschulen, und ist seit August 2002 Rektorin der Otto Hahnschule in Rüsselsheim-Bauschheim. Sie hat sich noch viel vorgenommen. Sie kandidiert für die SPD bei der Landtagswahl im Januar 2008. Großvater Christian wäre mit Sicherheit stolz auf das politische Engagement seiner Enkelin Renate.



Gedenkstein zu Ehren von Christian Vatter



AG 60Plus beim Hecke schneiden

Erklärung “Politik für Gute Arbeit - Deutschland braucht

Deutschland ist gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung so reich wie nie zuvor. Trotzdem arbeiten viele Menschen den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb werden wir Schluss machen mit dem Lohndumping.

Das sind die Fakten:

- Die Einkommensschere geht weiter auseinander. Während Spitzengehälter zunehmen, stagnieren die Löhne für viele Beschäftigte.
- Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen.
- Lohndumping richtet sich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dumpinglöhne schwächen aber auch die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die faire Löhne zahlen.
- Die Tarifbindung nimmt weiter ab. Nur 68% der Beschäftigten in Westdeutschland und 53% in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
- Armutslöhne gibt es nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern. Auch viele Tariflöhne liegen zwischen drei und vier Euro.
- Niedriglöhne sind nicht allein die Folge zu geringer Qualifikationen. 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Großbritannien, die Niederlande, Belgien die meisten unserer europäischen Nachbarn und selbst die USA praktizieren Mindestlöhne mit Erfolg.

**Auch in Deutschland ist es höchste Zeit:
für gerechten Lohn und gute Arbeit,
für soziale Sicherheit und Mindestlöhne!**



Die Zeit ist reif für Freiheit und Sicherheit

VIII. Die Zeit ist reif für Freiheit und Sicherheit

Wir Sozialdemokraten in Hessen bekennen uns zu einer demokratischen und sozialen Rechts- und Innenpolitik. Diesbezüglich benötigen wir einen funktions- und leistungsfähigen Staat, der die Menschen schützt. Die notwendige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ist zu wahren. Die SPD setzt sich entschieden für die Wahrung der Bürger- und Freiheitsrechte ein.

Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Grundrechte besitzen in unserer freiheitlichen Demokratie einen hohen Rang. Deshalb bedarf der hoheitliche Eingriff in ein Grundrecht der Rechtfertigung, nicht aber die Ausübung des Grundrechts selbst. Hinsichtlich des Schutzes der Freiheitsrechte hat die hessische CDU versagt.

Für eine moderne Justizpolitik

Eine gute Justiz schafft Rechtsfrieden, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit sind bewährte, tragende Säulen des Landes Hessen – sie dürfen nicht länger aufgrund ökonomischer Überlegungen gefährdet werden und damit in den Hintergrund treten.

Wir wollen wieder eine maßvolle, weltoffene sowie dem Bedürfnis nach Vielfalt und Sicherheit Rechnung tragende Rechts- und Justizpolitik. Die SPD wird keine Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten betreiben und auch den Rückzug der Justiz aus der Fläche stoppen.

Wir haben ein Zukunftskonzept für die hessische Justiz. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Justiz angemessen personell und sächlich ausstatten, damit Rechtssuchende nicht durch überlange Verfahrenzeiten abgeschreckt werden. Wir erteilen eine klare Absage an jedweden weiteren Arbeitsplatzabbau. Wir werden die technische Mo-

dernisierung der Justiz fortführen. Dabei ist auf personelle Belastungen Rücksicht zu nehmen und es sind die Verwaltungsabläufe als auch die insbesondere durch SAP eingetretenen Belastungen der Justiz zu überprüfen, damit die Bediensteten wieder ausreichend Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben der Rechtspflege erhalten. Dies entlastet nicht nur die Justiz, sondern führt auch zur zeitlichen Verkürzung von Gerichtsverfahren.

Der Ausbau präventiver wie repräsentativer Maßnahmen muss gewährleistet, für adäquate Nachsorge sowie den Zeugen- und Opferschutz muss gesorgt sein. Unser Leitbild ist Rationalität und Verhältnismäßigkeit.

Die SPD sieht den großen Bedarf von Konfliktbewältigung. Wir werden deshalb außergerichtliche Streitschlichtung und gerichtsnaher Mediation stärken. Überdies hält die SPD an der Beteiligung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in den Fachgerichtsbarkeiten fest. Ihre Beteiligung ist Ausdruck der demokratischen Legitimation der Justiz und gewährleistet gleichzeitig auch eine öffentliche Kontrolle der Rechtsprechung. Ihre Fachkompetenz ist ein unverzichtbarer Beitrag für eine überzeugende und akzeptierte Rechtsprechung dieser Gerichtsbarkeiten [...]

Wir sind gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters. Problematischen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität ist mit erzieherischen Mitteln zu begegnen.

Falls bessere Lösungen als das Strafrecht existieren, sind diese vorrangig zu ergreifen. Für den Bereich der Freiheitsentziehung bedeutet dies, dass verstärkt die Möglichkeiten kommunaler Kriminalprävention genutzt wer-

den müssen. Zur Prävention wollen wir modellartig in Hessen ein „Haus des Jugendrechts“ initiieren. Neben Synergieeffekten sind herausragende Erziehungserfolge zu erwarten, wenn unter „einem Dach“ Polizeibeamte, Vertreter der Staatsanwaltschaft, Mitarbeiter der Jugendämter und weitere Engagierte schnell, effizient und untereinander abgestimmt zusammenarbeiten, um auf strafbares Verhalten Jugendlicher angemessen und zeitnah zu reagieren.

Wir werden flächendeckend regionale Präventionsräte zur Kriminalitätsvermeidung einrichten und bestehende unterstützen. Diesen obliegt es, Kriminalitätsgefährdungen zu beobachten, zu analysieren und auf der Grundlage

dieser Erkenntnisse ein langfristiges Präventionskonzept zu erarbeiten. Durch die Beteiligung kommunaler Mandatsträger, Stadtverwaltungen, der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der freien

Träger, der Schulleitungen etc. kann bei aktuellen Kriminalitätsgefährdungen schnell, kompetent und abgestimmt reagiert werden.

Auch wenn das sozialdemokratische Grundverständnis in erster Linie Aktivitäten im Bereich der Prävention gebietet, gilt es für die Fälle, in denen die Prävention nicht erfolgreich war, einen kriminalpolitisch vernünftigen Strafvollzug zu organisieren. In diesem Zusammenhang wird die SPD ein eigenständiges Landesstrafvollzugsgesetz sowie ein Gesetz zur Regelung der Untersuchungshaft erarbeiten und dabei die von der Rechtsprechung entwickelten und verfassungsrechtlich verankerten Standards berücksichtigen. [...]

(Auszug aus dem Sozialdemokratischem Regierungsprogramm 2008 – 2013)

„Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Grundrechte besitzen in unserer freiheitlichen Demokratie einen hohen Rang.“

„Wir sind gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters.“

Problematischen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität ist mit erzieherischen Mitteln zu begegnen.“



52 Alternativen für Hessen - Roland Kochs Zeit läuft ab

Jugendstrafrecht konsequent anwenden statt Rückfallquoten ignorieren

Die Forderung nach einem schärferen Jugendstrafrecht ist reiner Wahlkampfpopulismus. Denn der Gesetzgeber kann schon heute ausreichend hart gegen jugendliche Gewalttäter vorgehen, indem er Arrest, Zuchtmittel und Jugendstrafen ausspricht oder Intensivtäter in so genannte Erziehungscamps einweist. Der von Koch geforderte „Warnschussarrest“ steht übrigens schon lange im Gesetz (§ 16 Jugendgerichtsgesetz), und auch ein Fahrverbot ist - als Weisung nach § 10 JGG – heute schon möglich.

Da in Hessen die Rückfallquote aller jugendlichen Straftäter über 80 Prozent liegt, will die SPD:

- ein Jugendstrafrecht, das rechtsstaatlich und menschenrechtlich einwandfrei ist,
- Jugendlichen klare Regeln setzen,
- die Ursachen von Kriminalität - problematische soziale Verhältnisse, soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit – bekämpfen,
- eine bessere Bildung, mehr Ganztagsbetreuung und mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche.

In neun Jahren Regierungszeit in Hessen hat Koch bei Polizei, Justiz, Bildung und Jugendhilfe massiv gekürzt. Seit 2003 wurden 1.186 Stellen bei der Polizei gestrichen, 130 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten abgebaut und sämtliche Mittel für Präventionsmaßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche gestrichen. Wenn Roland Koch jetzt die Zustände beklagt, die er selbst herbeigeführt hat, ist das verantwortungslos und scheinheilig. Wer will, dass in Hessen das Jugendstrafrecht konsequent angewendet wird, muss am 27. Januar 2008 SPD wählen.

Koch Bilanz 2007 – wieder ein verlorenes Jahr für Hessen

Hessen wird unter Wert regiert und bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Denn nicht nur die Richtung dieser CDU-Regierung ist völlig verkehrt, auch die Regierungskunst lässt sehr zu wünschen übrig.

Die politische Bilanz von Roland Koch sieht für das Jahr 2007 ausgesprochen schlecht aus, denn:

- die so genannte „Unterrichtsgarantie plus“ hat sich als Betrug an Schülern und Eltern erwiesen,
- die Verkürzung der gymnasialen Mittelstufe – besser bekannt als G 8 – hat unnötigen Leistungsstress für Kinder und ihre Familien erzeugt,
- mit der überstürzt eingeführten Schul- und Zeugnissoftware LUSD hat an den Schulen das Chaos Einzug gehalten,
- die von der CDU eingeführten Studiengebühren erweisen sich als sozial ungerecht, bildungspolitisch falsch und wirtschaftlich unsinnig,
- Hessen hinkt beim Abbau der Arbeitslosigkeit dem Nachbarland Rheinland-Pfalz immer noch hinterher,
- die „Wirtschaftswoche“ sieht das wirtschaftlich starke Hessen im Dynamikranking 2007 unter allen Bundesländern auf dem vorletzten Platz vor Brandenburg,
- Löhne und Gehälter der Angestellten wurden per Gesetz festgelegt, weil Koch keinen Wert auf Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie legt,
- beim Ausbau des Frankfurter Flughafens hat er nicht nur planerische Fehler zu verantworten, sondern auch Wortbruch beim Nachtflugverbot begangen,
- sein Versuch, die Freien Wähler (FW) mit Steuergeldgeschenken von der Landtagswahl 2008 abzuhalten, hat die Politik in Hessen - nach der Schwarzgeldaffäre der CDU im Jahr 1999 - erneut schweren Schaden genommen.

Hessen gehört nicht in die Hände der CDU. Wer will, dass Koch und seine Regierung abgelöst werden, muss am 27. Januar 2008 SPD wählen.

„Die Forderung nach einem schärferen Jugendstrafrecht ist reiner Wahlkampfpopulismus.“

„Hessen gehört nicht in die Hände der CDU. Wer will, dass Koch und seine Regierung abgelöst werden, muss am 27. Januar 2008

Wahlaufauf - 27. Januar 2008

„Sie alle vergessen viele Beispiele aus der älteren aber auch jüngeren Vergangenheit, in denen vermeintlich Kleine die Großen besiegt haben. Ich frage: warum soll das eigentlich unmöglich sein?“

Liebe Genossinnen und Genossen, wenige Tage vor der Hessenwahl bin ich froh, dass ich noch einmal Gelegenheit habe, einige Worte an Euch alle zu richten.

Als erstes gilt mein Dank all den Genossinnen und Genossen, die sich persönlich in den Wahlkampf eingebracht haben, manche mehr, manche weniger, aber jeder nach seinem Leistungsvermögen. Dies hat auch unserer Kandidatin für den Wahlkreis 47, Renate Meixner-Römer, gut getan!

Warum machen wir das eigentlich? Eine oft gestellte Frage, insbesondere in Zeiten, in denen die Medien die CDU-Regierung für unbesiegbar halten. Sie alle vergessen viele Beispiele aus der älteren aber auch jüngeren Vergangenheit, in denen

vermeintlich Kleine die Großen besiegt haben. Ich frage: warum soll das eigentlich unmöglich sein? Koch und sein jagdpolitischer Sprecher Roger „Rabbit“ Lenhard haben doch genug Grund dafür gegeben.

Spätestens mit der Ausbaument-scheidung zum Frankfurter Flughafen hat sich Koch und die CDU gegen die Bevölkerung und für die Wirtschaftsinteressen entschieden. Er hat sein gegebenes Wort „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, aber auch kein Nachtflugverbot ohne Ausbau“ bedenkenlos gebrochen. Und das nicht zum ersten Mal. Was also sollen die Menschen in Hessen ihm noch glauben?

Sein getreuer „Rüsselsheimer Vassall“ der den politischen Schwerpunkt der CDU und seine eigene po-

litische Leistung an der gestiegenen „Hasenpopulation“ gemessen hat, wandelt sich zum Chamäleon. In der Stadtverordnetenversammlung stimmt er gegen den Flughafen-ausbau, nach der Ausbaument-scheidung hält er die-se für richtig und ausge-wogen. Ein Chamäleon kann für den Farbwechsel nichts, Lenhard macht das ohne jeden Skrupel vorsätzlich!

Dies sollen nur zwei Beispiele dafür sein, dass Renate Meixner-Römer mit ihrer Aussage „Die Zeit ist reif“ recht hat.

Also: Noch einmal die Pferde gesat-telt und bis zum 27. Januar mit un-serer Politik unters Volk!

Ernst-Peter Layer

Wahlkampfbeauftragter

Termine

Details zu den Veranstaltungen sind der Tagespresse zu entnehmen.

Neujahrsfeier mit Andrea Nahles (Rüsselsheim / Palmenhaus der Städt. Betriebshöfe)	14.01.2008 17:00 Uhr
Wir bauen das Haus der Bildung (Groß-Gerau / Stadtmuseum, Am Marktplatz 1)	17.01.2008 17:00 Uhr
Podiumsdiskussion mit den Landtagskandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis 47 (Rüsselsheim / Lassallesaal der Stadthalle)	22.01.2008 19:00 Uhr
Landtagswahl 2008	27.01.2008 8:00 Uhr

Mitgliederzeitung des SPD-Ortsverein Rüsselsheim

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

SPD-Ortsverein Rüsselsheim

Olaf Kleinböhl

Melanija Anlage 8

65428 Rüsselsheim

Fon: 06142 - 15461

E-Mail: Olaf.Kleinboehl@spd-ruesselsheim.de

Chefredakteur

Frank Tollkühn

Teufelseestr. 22

65428 Rüsselsheim

Fon: 0176 - 400 771 49

E-Mail: leinenreiter@spd-online.de

Den „Leinenreiter“ erhält jedes Mitglied des SPD-Ortsvereins Rüsselsheim.

Nachdruck nur nach vorheriger Genehmigung mit Quellenangabe.

Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen, so-wie für Vervielfältigung auf CD-Rom.

**Rüsselsheim
ist unsere Stärke.**

